



Gesetzesinitiative für die Beibehaltung des prüfungsfreien Übertritts an die Zuger Gymnasien

Bericht und Antrag der Bildungskommission
vom 12. Mai 2025

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission hat die Vorlage (Nrn. 3770.1/.2/.3 –00000/17945/18110) am 31. März und 12. Mai 2025 an zwei halbtägigen Sitzungen beraten. An den Sitzungen nahmen seitens Direktion für Bildung und Kultur (DBK) Bildungsdirektor Stephan Schleiss und der Leiter des Amts für gemeindliche Schulen, Michael Truniger, teil. An der ersten Sitzung nahmen im Weiteren eine Delegation des Initiativkomitees, Marcel Güntert und Jeannette Baumann, sowie als externe Fachreferentin Frau Prof. Dr. Katharina Maag Merki teil. Das Sitzungsprotokoll führte Irene Schildknecht.

Der Bericht ist wie folgt gegliedert:

1. In Kürze
2. Erläuterungen zum totalrevidierten Übertrittsreglement des Bildungsrats
3. Vorstellung Gesetzesinitiative
4. Erläuterungen zum Kurzgutachten Prof. Dr. Katharina Maag Merki
5. Informationen zu Drop-outs an den Mittelschulen und über die Analyse von Studienverläufen und -erfolgskonten
6. Eintreten
7. Gesetzesinitiative
8. Gegenvorschlag
9. Schlussabstimmung
10. Finanzielle Auswirkungen
11. Hinweise zum Ablauf der Beratung und Abstimmung im Kantonsrat
12. Anträge

1. In Kürze

Die Kommission ist stillschweigend auf die Vorlage eingetreten. Die Kommission befürwortet mehrheitlich die Gesetzesinitiative und lehnt somit das totalrevidierte Übertrittsreglement des Bildungsrats ab. Die Kommission unterbreitet dem Kantonsrat jedoch einen Gegenvorschlag, welcher durch eine grössere Mehrheit in der Kommission unterstützt wird. In der Stichabstimmung zwischen Initiative und Gegenvorschlag bevorzugt die Kommission einstimmig den Gegenvorschlag. Der Gegenvorschlag sieht – wie die Gesetzesinitiative – ein prüfungsfreies Übertrittsverfahren vor, verlangt aber zur besseren Eichung der Notengebung in Deutsch und Mathematik ab der vierten Klasse der Primarstufe bis zum 1. Semester der dritten Oberstufe jedes Semester kantonale Leistungstests in Mathematik und Deutsch für alle Klassen. Diese kantonalen und somit klassen- und gemeindeübergreifenden standardisierten Tests, welche in den Unterrichtsbetrieb integriert werden, sollen mit einer Gewichtung von 20 % zu den jeweiligen Semesterzeugnisnoten der beiden Fächer beitragen. Ziel dieses Diagnose- und Förderinstruments ist eine bessere Eichung der Leistungsbeurteilung über Klassen und Gemeinden hinweg, eine Stärkung der Lehrpersonen und eine Förderung der Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler über den Zeitraum mehrerer Schuljahre. Da

diese standardisierten kantonalen Leistungstests als Ersatz eines normalen Tests während des Unterrichts betrachtet werden können, ergibt sich für die Lehrpersonen kein Zusatzaufwand.

2. Erläuterungen zum totalrevidierten Übertrittsreglement des Bildungsrats

Einleitend hielt der Präsident fest, dass die Gesetzesinitiative quasi ein Gegenantrag zum Übertrittsreglement des Bildungsrats sei, gegen welches – wie bei einer Verordnung – kein Referendum möglich ist. Auch kann der Kantonsrat nicht direkt auf den Beschluss des Bildungsrats zum Übertrittsreglement einwirken, da per Gesetz die Kompetenz dazu beim Bildungsrat liegt. Entsprechend mache es Sinn, das totalrevidierte (aber noch nicht in Kraft gesetzte) Übertrittsreglement zu Beginn der Sitzung in den Grundzügen kurz vorzustellen.

Der Bildungsdirektor verwies für die Ausgangslage auf den Bericht und Antrag des Regierungsrats, welchem der Bildungsratsbeschluss vom 6. November 2024 und das neue Übertrittsreglement als Beilagen 1 und 2 beigegeben wurden. Darin ist die Ausgestaltung des Reglements und die Argumentation des Bildungsrats ausführlich dargestellt. Er beschränkte sich im Wesentlichen auf die Darstellung der einschlägigen Paragraphen 14 bis 21 im neuen Übertrittsreglement.

Speziell hob er zu Beginn hervor, dass einzig die Zuweisung ins Langzeitgymnasium (LZG) mit dem neuen Testelement versehen wurde, alle anderen Schularten der Sekundarstufe I (Werkschule, Realschule, Sekundarschule) bleiben prüfungsfrei. Insbesondere bleibt auch der Zugang zu den an die Sekundarstufe I anschliessenden Mittelschulen (Kurzzeitgymnasium [KZG], Fachmittelschule [FMS] oder Wirtschaftsmittelschule [WMS]) prüfungsfrei. Zudem bleibt die Möglichkeit bestehen, dass die gemeindlichen Schulen unterforderte Sekundarschülerinnen oder -schüler bis zum 1. Dezember des ersten Semesters direkt ans LZG nachweisen können. Diese Bestimmung sei vor allem dann wichtig, wenn behauptet wird, dass das neue Verfahren «ungerecht» sei, weil jede Schülerin oder jeder Schüler einmal einen schlechten Tag haben und eine Prüfung «verhauen» könne.

Danach stellte der Bildungsdirektor die drei Elemente des neuen Zuweisungsverfahrens ins LZG vor:

- a. Die **Vornote**, die dem bisherigen «Orientierungswert» entspricht und den «Blick zurück» auf die bisherige Leistungsentwicklung in den drei Fächern Deutsch, Mathematik und NMG (Natur, Mensch, Gesellschaft) darstellt.
- b. Die **Lehrpersonen-Empfehlung**, welche unverändert bleibt. Sie ist prognostisch und bildet insbesondere auch die überfachlichen Kompetenzen ab. Sie ist der «Blick nach vorn».
- c. Der **Test** kommt neu dazu. Er ist standardisiert, kantonal einheitlich. Getestet werden die Kompetenzen gemäss Lehrplan 21. Der Test ermöglicht eine aktuelle Standortbestimmung in den Fächern Deutsch und Mathematik und ist der «Blick von ausserhalb des Klassenzimmers». Am Test muss nur teilnehmen, wer ans LZG wechseln möchte. Anmelden kann sich jede Schülerin oder jeder Schüler, es gibt keine vorgelagerten Mindestanforderungen. Die Organisation des Tests wird durch eine Fachkommission sichergestellt. Diese wird vom Amt für gemeindliche Schulen eingesetzt und umfasst neben Lehrpersonen der Primarstufe und des LZG auch externe Fachleute, namentlich Vertreterinnen und Vertreter des Hochschulinstituts, welches den Test erarbeiten wird.

Schliesslich erläuterte der Bildungsdirektor, dass für den Test kostenlose Vorbereitungskurse in den Gemeinden angeboten werden. Für die Testvorbereitung werden gemeindliche Lehrpersonen gemäss § 6^{ter} Abs. 5 des Lehrpersonalgesetzes (BGS 412.31) auf Kosten des

Kantons freigestellt. An den vier Halbtagen ausserhalb der Unterrichtszeit werden das Testverfahren und Prüfungsstrategien erklärt sowie Musteraufgaben gelöst. Es wird dabei aber keine Nachhilfe für versäumten Stoff angeboten.

3. Vorstellung Gesetzesinitiative

Die Gesetzesinitiative wurde von einer Delegation des Initiativkomitees vorgestellt: Marcel Güntert ist Gemeinde- und Schulpräsident von Oberägeri und Jeannette Baumann ist pensionierte Lehrerin und Direktorin der Kantonsschule Zug. Das Initiativkomitee besteht aus Lehrpersonen, Schulleitungen, Bildungsfachleuten, Eltern und Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Politik. Ziel der Gesetzesinitiative ist, das bewährte Übertrittsverfahren ohne Prüfung beizubehalten und die Förderung aller Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt zu stellen.

Marcel Güntert und Jeannette Baumann möchten, dass die Schülerinnen und Schüler möglichst korrekt und objektiv den Schularten der Sekundarstufe I zugewiesen werden – und sie haben den Eindruck, dass diese mit dem heutigen Verfahren recht gut gelingt. Es sei kein Systemwechsel im Übertrittsverfahren notwendig: Die Kantonsschullehrpersonen bestätigen die richtige Zuweisung durch die Primarlehrpersonen, Weder die Drop-outs aus dem LZG noch die Abbruchquoten an den Hochschulen liessen auf Gegenteiliges schliessen. Die Zuger Studienabgänger sind auf dem Arbeitsmarkt gefragt.

Das Komitee lehnt die geplante Übertrittsprüfung entschieden ab und führt folgende Gründe an:

- Das heutige System ist fair und verlässlich: Die Vornoten und das Lehrpersonenurteil sind fundiert, eine Betrachtung über einen langen Zeitraum und keine Momentaufnahme. Abklärungstests bei Uneinigkeit bestätigen die Einschätzungen der Lehrpersonen grossmehrheitlich.
- Fairness und Chancengerechtigkeit: Das Prüfungselement wirkt im Übertrittsverfahren wie ein «Muss-Kriterium» und könnte Chancenungleichheit verstärken, da sie von Tagesform und anderen Faktoren wie der Herkunft abhängt. Auch würden gewisse fähige Kinder, welche aus einem sozioökonomischen Umfeld ohne hohe Bildungsnähe stammen, sich schon gar nicht zur Prüfung anmelden. Andere weniger fähige Kinder aus familiärem Umfeld mit hoher Affinität zur Bildung würden dann vermehrt in die Prüfung «gepushed» und getrimmt.
- Das Prüfungselement ist kein ergänzendes Element, sondern ein «Killer-Kriterium»: Beispielsweise bei einer Vornote «6», einer Empfehlung A der Lehrperson und einer «4» in der Prüfung gibt es keinen Zugang zum Langzeitgymnasium.
- Vergleich mit anderen Kantonen: Im Kanton Zürich, wo es eine Prüfung gibt, bestehen sehr grosse Unterschiede bei den Übertrittsquoten zwischen den Gemeinden. Die Drop-out-Quote am Gymnasium ist dort höher als in Zug, der Studienerfolg an Hochschulen aber ähnlich. Die gewünschten Effekte von Eichung und Fairness werden mit der Übertrittsprüfung also nicht erreicht.
- Quote und Steuerung: Es gibt keine Belege, dass die Übertrittsquote ans LZG zu hoch ist. Die Quote schwankt und spiegelt die Eignung der Schülerinnen und Schüler wider. Eine politisch festgelegte Quote (z. Bsp. 20 %) wird kritisch hinterfragt.
- Fachkräftemangel: Eine Übertrittsprüfung löst das Problem des Fachkräftemangels nicht. Vielmehr sollte die Attraktivität der Berufslehre und die Durchlässigkeit des Bildungssystems gestärkt werden.
- Nachhilfeindustrie: Wiederum der Vergleich mit Zürich zeigt, dass eine Übertrittsprüfung die Nachhilfeindustrie fördert. Schülerinnen und Schüler der fünften und sechsten

Primarklassen gehen im Kanton Zurich zuhauf in die privat bezahlte Nachhilfe zur Prüfungsvorbereitung.

- Negative Effekte: Eine Prüfung könnte die Bildungsbenachteiligung verschärfen und zu einer künstlichen Verknappung von Gymnasialplätzen führen.

Das Initiativkomitee schlägt vor, statt einer Prüfung andere Massnahmen zu prüfen:

- Stärkung der Sekundarschule: Das Programm Sek Plus auswerten und optimieren oder beispielsweise schulartendurchmischte Klassen und mehr Niveaufächer wie in Oberägeri einführen, um individuelle Stärken besser zu fördern.
- Standardisierte Tests im Unterrichtsbetrieb: Bereits heute werden an der Kantonsschule Zug am Ende der 2. Klasse standardisierte Tests in Französisch und Mathematik durchgeführt, um den Leistungsstand zu erheben. Die Akzeptanz bei Lehrpersonen ist sehr hoch und es wird als hilfreiches Instrument angesehen.
- Förderung der Berufslehre: Die Berufsmaturitätsquote im Kanton Zug ist mit knapp 20 % über dem Schweizer Schnitt. Dennoch fehlen diese Jugendlichen später im Gewerbe, was zum Fachkräftemangel beiträgt. Das Gewerbe muss aktiver werden, um Lehrstellen attraktiver zu machen.
- Abwarten der Effekte des zweiten KZG: Die Auswirkungen des neuen Standorts in Rotkreuz sind noch nicht absehbar. Bisher gibt es das KZG nur in Menzingen. Dadurch besteht für Schülerinnen und Schüler aus den meisten Gemeinden ein Anreiz, direkt nach der sechsten Primarklasse ans LZG nach Zug zu gehen, statt den Weg über die Sek zu beschreiten und dann vielleicht ans KZG nach Menzingen zu müssen.

Schliesslich kritisierte die Delegation des Initiativkomitees, dass der Bildungsrat keine breite Auslegeordnung zu alternativen Massnahmen vorgenommen habe, obwohl der Kantonsrat dies mit der Teilerheblicherklärung der Motion Balmer/Wiederkehr gefordert hatte.

4. Erläuterungen zum Kurzgutachten Prof. Dr. Maag Merki

Frau Prof. Dr. Katharina Maag Merki hat für die Stadt Zug ein **Kurzgutachten zur Totalrevision des Übertrittsreglements im Kt. Zug** verfasst. Das Kurzgutachten sowie die Präsentation von Prof. Maag Merki liegen diesem Bericht bei. Prof. Dr. Maag Merki ist Professorin an der Universität Zürich und hat ihre Forschungsschwerpunkte in den Bereichen Schulqualität und -entwicklung, Chancengleichheit sowie Bildungsbenachteiligung. Sie hat überdies tiefe Einblicke in das Zürcher Übertrittsverfahren.

Die vom Bildungsrat formulierten Ziele der Totalrevision des Übertrittsreglements sind:

- a) den Zugang zum Langzeitgymnasium zu steuern,
- b) die Sekundarschule bzw. den dualen Bildungsweg zu stärken und
- c) «gewisse Schwächen des bisherigen Übertrittsverfahrens, die sogenannten Referenzgruppen- und Herkunftseffekte auszubalancieren».

Prof. Maag Merki betont, dass die Ziele des Übertrittsreglements – insbesondere die Stärkung des dualen Bildungswegs und den Ausgleich von Referenz- und Herkunftseffekten – sehr relevant sind, und dass viele Kantone ähnliche Herausforderungen beim Übertritt haben. Referenzeffekte bedeuten, dass Schülerinnen und Schüler in leistungsstarken Klassen bei gleicher Leistung schlechtere Noten erhalten als in schwächeren Klassen, was ihnen beim Übertritt Nachteile bringt. Herkunftseffekte beschreiben den starken Einfluss des familiären Bildungshintergrunds auf den Bildungserfolg, der im Kanton Zug besonders ausgeprägt ist.

Lobend erwähnt Prof. Maag Merki einzelne Elemente des neuen Verfahrens, wie die (weiterhin bestehende) Möglichkeit für unterforderte Sekundarschülerinnen und -schüler, ins LZG zu wechseln, den prüfungsfreien Zugang zu anderen Schultypen und die kostenlose Testvorbereitung. Dennoch sieht Prof. Maag Merki die Ziele des neuen Übertrittsverfahrens, insbesondere den Zugang zum LZG besser zu steuern, als nicht erreicht an bzw. schätzt die Auswirkungen als gering ein.

In ihrer **Gesamteinschätzung** auf der Basis empirischer Daten der Schweiz und im Ausland hält sie fest, dass das neue Übertrittsverfahren gemäss revidiertem Übertrittsreglement des Bildungsrats:

1. wenig Potenzial habe, die angestrebten Ziele zu erreichen, und
2. zu einer Verschärfung der bereits jetzt bestehenden, hohen Bildungsbenachteiligung im Kanton Zug führe.

Prof. Maag Merki verwies auf empirische Studien und Langzeituntersuchungen, die zeigen, dass der Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und familiärem Hintergrund in Zug besonders stark ist. Die Wahl des Bildungswegs hängt von vielen subjektiven Faktoren ab: Erfahrung und Wissen der Eltern, deren sozioökonomischer Status, finanzielle Möglichkeiten zur Prüfungsvorbereitung und die Wahrnehmung des Bildungssystems. Der hohe Anteil an Eltern mit Tertiärausbildung und der starke Wettbewerb um Gymnasiumsplätze verschärfen diesen Effekt zusätzlich. Zudem kommen gerade in Zug viele Eltern aus dem Ausland und kennen das duale Bildungssystem nicht. Prof. Maag Merki betonte, dass die Zuweisung zu den verschiedenen Schultypen nie vollkommen gerecht sein kann, da es grosse Überschneidungen in den Leistungsniveaus gibt. Analysen zeigen, dass die leistungsstärksten Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule besser abschneiden als die leistungsschwächsten des LZG. Ein standardisierter Übertrittstest als Aufnahmeprüfung verschärft die Benachteiligung von leistungsstarken Kindern aus bildungsfernen Familien, da sie seltener den gymnasialen Weg einschlagen – trotz gleicher Kompetenz. Klassenübergreifende Tests in der Primarschule sind als Diagnose- und Förderinstrument sinnvoll, aber nicht als Selektionsinstrument für den Übertritt geeignet. Zusammenfassend warnte Prof. Maag Merki, dass das neue Übertrittsverfahren des Bildungsrats die soziale Ungleichheit im Bildungssystem eher verstärkt als abbaut und die Sekundarschule nicht wirklich stärkt. Sie befürchtet, dass mit dem neuen Übertrittsverfahren die bestehende Bildungsungleichheit zementiert wird, anstatt sie zu verringern.

Im Anschluss an die Präsentation fand eine Diskussions- und Fragerunde statt.

Auf die Frage eines Kommissionsmitglieds, wo Prof. Maag Merki – wenn keine Übertrittsprüfung anzustreben sei – konkretes Verbesserungspotenzial im Zuger System orte, antwortete sie, dass dies davon abhängen würde, was auf der Primar- und was auf der Sekundarstufe unternommen wird. Auf der Sekundarstufe sei vordringlich zu klären, wieviele Schularten angeboten werden sollen. Je ausdifferenzierter das Angebot sei, desto stärker müsse das Verfahren in der Lage sein, faire Entscheidungen zu treffen. Grundsätzlich gelte: Je weniger verschiedene Wege angeboten werden, desto mehr Potenzial liege vor, die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Auf der Primarstufe sei relevant, wie die Noten vergeben werden. Klassenübergreifende Tests zur Orientierung – und nicht zur Selektion – seien ein wichtiges Instrument, um das System zu verbessern. Lehrpersonen könnten mit Informationen aus klassenübergreifenden Tests das Kompetenzprofil der Schülerinnen und Schüler besser beurteilen. Daher macht ein Test, der klassenübergreifend Informationen zum Kompetenzprofil als Orientierungshilfe gibt, Sinn. Auf diese Art weiss die Lehrperson, wo ihre Kinder im Vergleich zu allen Schülerinnen und Schülern im Kanton stehen. Aber die Aufnahmeprüfung ist der falsche Ort für einen standardisierten Leistungstest, um davon profitieren zu können. Der

bessere Ort wäre die Primarschule. Somit erhält die Primarlehrperson Informationen über den Stand der eigenen Kinder in der Klasse. Mit diesen Informationen kann die Lehrperson die Kinder besser fördern und den Entscheid des Lehrpersonenurteils im Übertrittsverfahren allenfalls valider machen. Ein Problem bei der Übertrittsprüfung ist, dass lediglich jene Kinder daran teilnehmen, die sich darauf vorbereitet haben. Das fördert die nebenschulischen Nachhilfetätigkeiten.

Ein weiteres Mitglied der Kommission fragt nach, ob der fairste Weg zum Übertritt darin bestehen würde, auf das LZG zu verzichten, so dass lediglich das KZG als Weg zur Matura bestehe. Prof. Maag Merki bestätigt, dass wenn man nur die Stärkung der Sekundarschule ins Zentrum stellen würde, dies mit nur dem KZG einfacher erreicht werden könnte. Wenn die Kinder die Sekundarschule gemeinsam durchlaufen, werden sie ihrem Potential entsprechend gefördert und hätten mehr Zeit herauszufinden, wo ihre Stärken liegen. Generell sei der Selektionszeitpunkt mit 11 oder 12 Jahren sehr früh. Entscheidend sei, wie man zur Maturität gelangt und wie lange die verschiedenen Wege offen sind. Kann die Maturität lediglich über einen bestimmten Weg wie das LZG oder das KZG erreicht werden, dann gibt es einen Druck auf diese Schiene. Können die Wege bis Ende der Sekundarstufe I offengehalten werden und wird zu diesem Zeitpunkt geschaut, wie stark die Jugendlichen sind – und werden dann unterschiedliche Wege eingeschlagen – dann ist der Druck geringer.

Ein anderes Mitglied der Kommission schlug vor, eine stärker beschränkende Quote für das LZG einzuführen. Zwar sei auch mit einer Quote eine gewisse Bildungsbenachteiligung ersichtlich, aber auf diese Art sei eine Steuerung möglich. Denn es herrscht ein Fachkräftemangel – nicht bei den Akademikern, sondern bei den Berufen wie Sanitär und Maler. Folglich müssen sie mehr Personen auf den dualen Bildungsweg bringen. Prof. Maag Merki gab zu bedenken, dass je weniger Plätze zur Verfügung stehen, desto stärker der familiäre Bildungshintergrund spielen werde. Eine Quote würde das Problem der Bildungsbenachteiligung vergrössern. Das Problem von zu wenigen Jugendlichen im dualen Bildungsweg werde aus ihrer Sicht nicht mit einer Prüfung ans LZG gelöst. Sie äussert sich zur Durchlässigkeit des Schweizer Bildungssystems: Jederzeit kann eine Ausbildung nachgeholt werden. Es wird zwischen vertikaler (Berufslehre, Berufsmaturität, Fachhochschule usw.) und horizontaler (Bildungswege innerhalb derselben Schulstufe) Durchlässigkeit unterschieden. Die horizontale Durchlässigkeit ist sehr gering (unter 10 % der Jugendlichen). Somit besteht ein Problem. Die Passerelle zu absolvieren ist sehr anspruchsvoll. Es braucht viel Zeit zum Vorbereiten. Wer kann sich das leisten? Auch hier spielt der familiäre Bildungshintergrund und das soziale Netz. Das ist auch ein Grund, dass im Zweifelsfall lieber der gymnasiale Weg ergriffen wird, da der spätere Wechsel aufwändiger ist.

Seitens der Kommission wurde die Frage gestellt, wie die Sekundarschule so reformiert werden kann, dass sie als attraktiver Weg wahrgenommen wird. Ziel müsse sein, die Eltern zur Einsicht zu bringen, dass die Sekundarschule das Beste für ihr Kind sei. Prof. Maag Merki sieht hier Grenzen: Bestimmte Familien werden die Sekundarschule nie als besten Weg akzeptieren, da für bestimmte Berufe bestimmte Qualifikationen nötig sind. Ein anderes Kommissionsmitglied erinnert an das sehr gute Projekt «Sek I plus» und fordert mehr Selbstbewusstsein der Sekundarschule. Es warnt, dass eine Übertrittsprüfung die Nachfrage nach dem LZG sogar erhöhen könnte und betont die Wichtigkeit, das duale System und die Berufsbildung stärker zu kommunizieren. Prof. Maag Merki hielt nochmals fest, dass möglichst lange alle Wege offen bleiben und die Aufteilung der Sekundarstufe I reduziert werden sollte. Zudem sollten sich alle Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarstufe I mit der Berufswahl auseinandersetzen – auch am LZG. Ein Kommissionsmitglied wies auch darauf hin, dass das Gewerbe auch gefordert sei, nach Lösungen zu suchen (z. B. bessere Anstellungsbedingungen, höheres

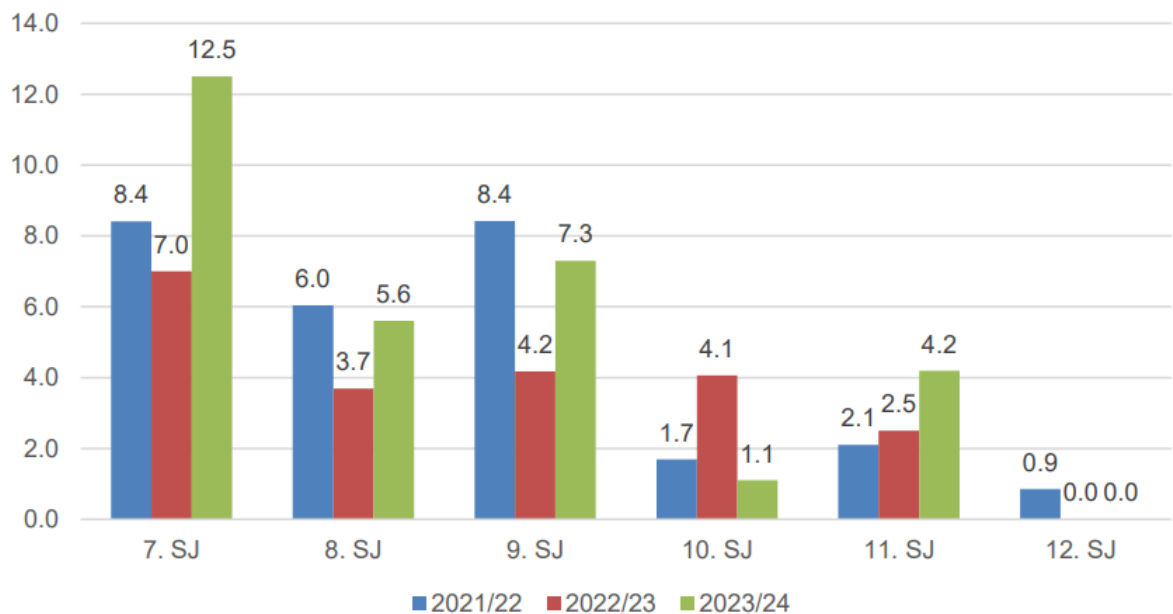
Einkommen für Lehrlinge, andere Attraktivitätssteigerung). Denn die Rahmenbedingungen gewisser Lehren habe sich seit zig Jahren nicht verändert.

5. Informationen zu Drop-outs an den Mittelschulen und über die Analyse von Studienverläufen und -erfolgsquoten

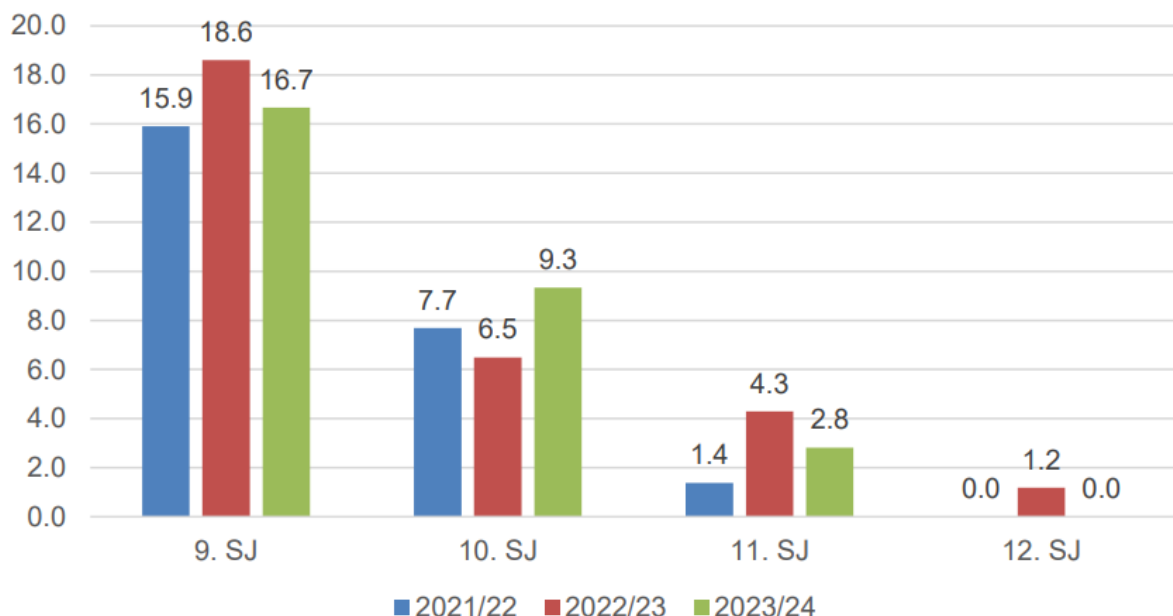
5.1 Drop-outs

Der Bildungsdirektor gab der Kommission zunächst ein Update zur Interpellation der FDP-Fraktion «betr. mehr datenbasierte Entscheide in der Bildungspolitik – auch bei der geplanten Übertrittsprüfung» (Vorlage Nr. 3738). Das Update bestand aus den Zahlen des Schuljahrs 2023/24, die in der Interpellationsantwort noch nicht berücksichtigt werden konnten. Die Zahlen wurden der Mittelschulkommission am 9. Dezember 2024 präsentiert.

Darstellung 1: Drop-out-Quote Langzeitgymnasium (in Prozent)



Darstellung 2: Drop-out-Quote Kurzzeitgymnasium (in Prozent)



Durchschnittlich treten am LZG die meisten Schülerinnen und Schüler in der ersten (9,3 %) und in der dritten (6,6 %) Klasse aus. Am KZG fällt die sehr hohe Austrittsquote von durchschnittlich 17,1 % in der ersten Klasse auf. In den letzten drei Schuljahren vor der Matura geht die Zahl der Austritte von Jahr zu Jahr zurück. Auffallend ist, dass in allen drei Schuljahren die Austrittsquote am KZG bedeutend höher ist als am LZG.

Die Jahrespromotion im Kanton Zug ist nur bedingt mit der Probezeit im Kanton Zürich zu vergleichen. Einerseits wird den Schülerinnen und Schülern ein Jahr und nicht ein Semester Zeit gegeben, um sich an der Schule einleben zu können. Andererseits wird das erste Jahr nicht als Bestandteil des Aufnahmeverfahrens betrachtet. Vergleichbar ist, dass sowohl in Zürich als auch in Zug die Probezeit bzw. das erste Schuljahr erfolgreich abgeschlossen werden muss, um am Gymnasium verbleiben zu können. Da in Zug erst im Schuljahr 2023/24 die Jahrespromotion für alle Klassenstufen am Gymnasium eingeführt wurde, sind nur die Zahlen von einem Schuljahr vorhanden. Es kann festgestellt werden, dass mit der Einführung der Jahrespromotion die Drop-out-Quote in der ersten Klasse des LZG von 8,4 % im Schuljahr 2021/22 bzw. 7 % im Schuljahr 2022/23 auf 12,5% im Schuljahr 2023/24 stieg. Es kann vermutet werden, dass sich dies mit mehr Erfahrung der Jahrespromotion wieder einpendeln wird.

5.2 Studienverläufe und -erfolgsquoten

Die Studie «Analyse von Studienverläufen und -erfolgsquoten im Kanton Zug» der schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung geht auf das erheblich erklärte Postulat von Peter Letter, Eva Maurenbrecher, Karen Umbach und Michael Arnold betr. Qualitätssicherung und -messung der Zuger kantonalen Gymnasien (Vorlage Nr. 3390) zurück. Der Bildungsdirektor führte aus, dass diese Analyse der Mittelschulkommission ebenfalls am 9. Dezember 2024 präsentiert wurde.

Die Resultate der Studie sind erfreulich: Die Werte für die Absolventen der Zuger kantonalen Gymnasien ist durchgehend in allen untersuchten Werten gleich oder besser wie der schweizerische Durchschnitt.

Von den Zuger Maturandinnen und Maturanden der kantonalen Mittelschulen treten rund 94 % an eine Hochschule über. Im Vergleich zur übrigen Deutschschweiz nehmen sie häufiger nahtlos ein Studium auf. Von den Zuger Maturandinnen und Maturanden, die ein Studium aufgenommen haben, erreichen 80 % innerhalb von fünf Jahren einen Bachelorabschluss und 54 % innerhalb von acht Jahren einen Masterabschluss. Im Vergleich zur übrigen Deutschschweiz schliessen die Zuger Studierenden an den Universitären Hochschulen etwa gleich schnell ab, an den Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen tendenziell leicht schneller. Die untersuchten Jahrgänge sind jedoch schon älter und «repräsentieren» eine tiefere Übertrittsquote als die heutige (wobei dies auch auf viele der Vergleichskantone zutrifft, respektive auch auf den schweizerischen Durchschnittswert). Diese Studie wurde nach der Sitzung der Bildungskommission auf der Internetseite der Statistikfachstelle des Kantons¹ publiziert. In der Studie wurden ausschliesslich die Maturandinnen und Maturanden der kantonalen Gymnasien untersucht, jene der privaten Gymnasien wurden nicht mit berücksichtigt.

¹ <https://www.zg.ch/behoerden/gesundheitsdirektion/statistikfachstelle/themen/bildung/mittelschulen/downloads/analyse-der-hochschuluebertritte-und-studienverlaeufe-von-maturandinnen-und-maturanden-des-kantons-zug.pdf>

6. Eintreten

Da es sich um eine Gesetzesinitiative handelt, muss auf das Geschäft eingetreten werden, was auch unbestritten blieb. Das Eintreten erfolgte stillschweigend.

7. Gesetzesinitiative

In der Detailberatung äusserten sich die Befürworter der Initiative zusammengefasst wie folgt:

- Die Initiative verlangt nichts anderes als den Ist-Zustand.
- Das aktuelle Übertrittsverfahren ist etabliert und bezieht alle mit ein: Lehrpersonen, Eltern und Schülerin bzw. Schüler.
- Eine Reduktion der Eintritte ins LZG ist nicht unbedingt nötig. Es gibt eine gewisse Schwankung von Jahr zu Jahr, jedoch liegt der Kanton Zug in der Bandbreite des schweizerischen Durchschnitts. Die sozioökonomische Zusammensetzung der Bevölkerung im Kanton Zug erklärt den anhaltenden Drang ans LZG hinreichend.
- Anpassungen am jetzigen Verfahren sind nicht nötig.
- Die Revision des Übertrittsreglements durch den Bildungsrat ist einseitig und es wurde vom Regierungsrat versäumt, dem Kantonsrat die in der vom Kantonsrat teilerheblich erklärten Motion Balmer/Wiederkehr geforderte breite Auslegeordnung zu präsentieren.

Demgegenüber äusserten sich die Gegner der Initiative wie folgt:

- Die Initiative behält den Status quo bei.
- Die vom Bildungsrat erarbeitete Lösung mit dem zusätzlichen Testelement für die Zuweisung ans LZG ist eine wertvolle Ergänzung des bisherigen Verfahrens, welchem heute der «Blick von ausserhalb des Klassenzimmers» resp. ein «eichendes» Element fehlt.
- Der ungebrochene Trend «nach oben» bei den Zuweisungen ins LZG ist eine Gefahr für die ganze Bildungslandschaft.

Einigkeit betreffend Notwendigkeit zur besseren Eichung der Leistungsbeurteilung:

- Die Unterschiede der Anzahl Zuweisungen ans LZG zwischen den Gemeinden sind teilweise schwer erklärbar.
- Die Lehrpersonen brauchen in Übertrittsgesprächen mit Eltern einen gestärkten Rücken und fundierte Argumentationen.
- Die Kommissionsmitglieder sind sich einig, dass eine bessere Eichung der Leistungsbeurteilung zwischen Klassen und Gemeinden anzustreben ist.

8. Gegenvorschlag

Auf Basis eines Abklärungsauftrags aus der ersten Kommissionssitzung hatten mehrere Mitglieder der Kommission auf die zweite Sitzung hin einen Gegenvorschlag konkretisiert, welcher in der Kommissionssitzung noch bereinigt wurde (vgl. Synopse). Folgend sind die wesentlichen Elemente und Überlegungen des Gegenvorschlages erläutert.

8.1 Keine Übertrittsprüfung (§ 5 Abs. 1 und Abs. 2; gleich wie Initiative)

Der Bildungsrat, welcher das Reglement zum Übertritt beschliesst, untersteht nicht dem Kantonsrat. Weil der Kantonsrat nicht in die gesetzesmässigen Kompetenzen des Bildungsrats eingreifen kann, muss auf Gesetzesstufe festgehalten werden, dass der Kantonsrat keine Übertrittsprüfung will. Deshalb werden die Bestimmungen der Gesetzesinitiative zu § 5 des Gesetzes über die kantonalen Schulen für den Gegenvorschlag übernommen (sprich die

Beibehaltung des prüfungsfreien Übertritts an die Zuger Gymnasien) und § 5 wird lediglich um den Absatz 3 ergänzt.

8.2 Mehr Eichung durch kantonale Leistungstest (§ 23b Abs. 1a; neu)

Um den «Blick von ausserhalb des Klassenzimmers» zu stärken und den Lehrpersonen ein Instrument zur Beurteilung der Positionierung ihrer Klassen zu geben, sollen vermehrt kantonale Leistungstests in den Kernfächern Deutsch und Mathematik stattfinden. Ziel dieses Diagnose- und Förderinstruments ist eine bessere Eichung der Leistungsbeurteilung über Klassen und Gemeinden hinweg, eine Stärkung der Lehrpersonen und eine Förderung der Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler über mehrere Jahre. Dies wird in § 23b des Schulgesetzes mit einem neuen Absatz 1a verankert.

Die kantonalen Leistungstests (somit klassen- und gemeindeübergreifend) werden von der vierten Primarklasse bis ins erste Semester der dritten Oberstufe durchgeführt. In der vierten Primarklasse erhalten die Schülerinnen und Schüler schon seit zwei Jahren Noten und absolvieren bereits heute den Check P4. Im zweiten Semester der dritten Oberstufe findet dann der letzte Übertritt von der Sekundarstufe I in die Mittelschulen der Sekundarstufe II statt.²

Die Tests finden jedes Semester statt und sind integriert in den normalen Unterricht mit den üblichen periodischen Tests. Da diese standardisierte kantonalen Leistungstests als Ersatz eines normalen Tests während des Unterrichts betrachtet werden können, ergibt sich für die Lehrperson kein Zusatzaufwand. Durch die Regelmässigkeit wird sichergestellt, dass sie eine «eichende» Wirkung der Leistungsbeurteilung entfalten und dass sich Leistungsentwicklungen der Schülerinnen und Schüler besser nachzeichnen lassen. Dies stärkt auch die Position der Lehrperson bei den Orientierungsgesprächen mit Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern. Durch die Häufigkeit der Testdurchführung entsteht über die Zeit Routine, was für die Lehrpersonen, die Eltern und die Schülerinnen und Schüler weniger Stress bedeutet als eine einmalige Übertrittsprüfung.

Der Test zählt für die Semesterzeugnisnote mit einem Anteil von 20 %, was dem Test ein gewisses Gewicht verleihen soll, auch wenn er kein unmittelbarer Bestandteil des Übertrittsverfahrens ist. Zudem kann so die Lehrperson von einem «ordentlichen» Test im Unterrichtsbetrieb entlasten werden. Gemäss dem Bildungsdirektor macht eine 20 % Gewichtung auch dahingehend Sinn, da in der Bildungspraxis für die Mindestanzahl Prüfungen pro Semester die Anzahl Wochenstunden des Fachs als Richtgrösse genommen wird.

In der Diskussion wurde noch speziell das Argument der Chancengerechtigkeit gewürdigt. Weil alle Schülerinnen und Schüler die standardisierten Leistungstest über mehrere Jahre absolvieren, kann auch besser geklärt werden, wer in die Sek, die Real oder das LZG zugewiesen werden soll. Und weil es nicht den einzigen, allein entscheidenden Prüfungstermin gibt, fallen auch Anreize für die «Nachhilfeindustrie» weg.

In der Detailberatung zum Gegenvorschlag gab es zu § 23b Abs. 1a (neu) zwei Abstimmungen:

- Zeithorizont der Durchführung der Leistungstests: 4. Primarklasse bis 1. Semester der dritten Oberstufe → 14 Ja zu 0 Nein, bei 0 Enthaltungen.
- Gewichtung in den Zeugnisnoten: 9 Stimmen für 20 %; 5 Stimmen für 20-50 %; 0 Enthaltungen.

² Der Übertritt ans KZG ist nach der 2. oder nach der 3. Sekundarklasse möglich. Der Übertritt an die FMS und an die WMS ist ausschliesslich nach der 3. Sekundarklasse möglich.

Der Aspekt des Datenschutzes ist bereits im geltenden Recht in § 23b Abs. 2 und Abs. 3 geregelt.

9. Schlussabstimmung

Die Kommission stimmte, in Anlehnung an den Abstimmungszettel bei einem Gegenvorschlag, drei mal ab: zur Gesetzesinitiative (Ja/Nein), zum Gegenvorschlag (Ja/Nein) und zur Stichfrage.

9.1 Gesetzesinitiative

Die Gesetzesinitiative wurde mit 9 : 5 Stimmen (0 Enthaltungen) angenommen.

9.2 Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag wurde mit 10 : 4 Stimmen (0 Enthaltungen) angenommen.

9.3 Stichfrage

Der Gegenvorschlag obsiegte mit 14 : 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Fazit: Die Kommission befürwortet mehrheitlich die Gesetzesinitiative und lehnt somit das totalrevidierte Übertrittsreglement ab. Die Kommission unterbreitet dem Kantonsrat jedoch einen Gegenvorschlag, welcher eine grössere Mehrheit in der Kommission findet. In der Stichabstimmung zwischen Initiative und Gegenvorschlag bevorzugt die Kommission einstimmig den Gegenvorschlag.

10. Finanzielle Auswirkungen

Die vom Bildungsrat beschlossenen (und vom Regierungsrat genehmigten) Kosten von jährlich 445 000 Franken für die Umsetzung des totalrevidierten Übertrittsreglements fallen mit der Annahme des Gegenvorschlags dahin.

Die finanziellen Auswirkungen für die Ausweitung der kantonalen Leistungstests lassen sich erst mit dem Umsetzungsbeschluss des Bildungsrats beziffern. Diese stehen dann gemäss § 64 Abs. 2 Bst. b des Schulgesetzes wiederum unter Genehmigungsvorbehalt durch den Regierungsrat.

11. Hinweis zum Ablauf der Beratung und Abstimmung im Kantonsrat

Der Kantonsrat stimmt über die Annahme oder die Ablehnung der Gesetzesinitiative ab. Nimmt der Kantonsrat die Gesetzesinitiative an, kann das Volk das Referendum oder der Kantonsrat das Behördenreferendum ergreifen. Ohne Referendum tritt die Gesetzesinitiative nach Annahme durch den Kantonsrat nach Ablauf der Referendumsfrist von 60 Tagen nach der Amtsblattpublikation in Kraft. Im Falle der Annahme der Gesetzesinitiative arbeitet der Kantonsrat keinen Gegenvorschlag aus.

Lehnt der Kantonsrat die Gesetzesinitiative ab, ist innert sechs Monaten eine Volksabstimmung durchzuführen. Im Falle der Ablehnung durch den Kantonsrat hat der Kantonsrat die Möglichkeit, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Wenn er einen Gegenvorschlag ausarbeitet und diesen beschliesst, kann das Volk sowohl über die Gesetzesinitiative als auch über den Gegenvorschlag abstimmen.

Das Initiativkomitee kann die Initiative zurückziehen, falls es den Gegenvorschlag für gut befindet. In diesem Fall tritt der Gegenvorschlag des Kantonsrats in Kraft. Dieses Vorgehen setzt aus politischen Gründen voraus, dass der Kantonsrat entgegen der in § 35 Abs. 6 der Verfassung des Kantons Zug (Kantonsverfassung, KV) vom 31. Januar 1894 (BGS 111.1) vorgesehenen Vorgehensweise zuerst die Detailberatung und die Schlussabstimmung zum Gegenvorschlag abschliesst und erst danach die Grundsatzabstimmung zur Gesetzesinitiative vornimmt. Der Gegenvorschlag wird also nur, aber immerhin unter der Bedingung verabschiedet, dass der Kantonsrat die Gesetzesinitiative ablehnt (vgl. das Vorgehen bei der sog. Mehrwert-Initiative anlässlich der 2. Lesung im Kantonsrat an dessen Vormittagssitzung vom 31. Oktober 2024: Protokoll Seiten 1671-1678 sowie 1688-1697). Wenn das Initiativkomitee die Gesetzesinitiative zurückzieht, bleibt der Gegenvorschlag als eigenständige Gesetzesänderung des Kantonsrats und als eigenständiges Referendumsobjekt bestehen.

Grundsätzlicher Ablauf 1. Lesung:

- Eintretensdebatte (Eintreten auf die Gesetzesinitiative ist zwingend)
- Abstimmung zur Initiative Ja/Nein (keine Detailberatung)
- Im Falle der Ablehnung der Initiative erfolgt die Detailberatung des Gegenvorschlags
- Im Falle der Annahme der Initiative erfolgt keine Debatte zum Gegenvorschlag und in der zweiten Lesung steht nur die Initiative zur Abstimmung

Grundsätzlicher Ablauf 2. Lesung: (es gibt zwingend eine zweite Lesung)

- Allfällige Anträge 2. Lesung zum Gegenvorschlag (zur Gesetzesinitiative können weiterhin keine Anträge gestellt werden)
- Bereinigung Gegenvorschlag (falls es Anträge auf die 2. Lesung gibt)
- Abstimmung Gegenvorschlag Ja/Nein
- Initiantinnen und Initianten können den Rückzug der Initiative erklären (mit der Variante, dass der Rückzug nur erfolgt unter der Voraussetzung, dass kein Behördenreferendum ergriffen wird). Falls das Initiativkomitee die Initiative zurückzieht, würden die Bestimmungen des Gegenvorschlags in Kraft treten (Vorbehalt: Volksreferendum).
- Schlussabstimmung zur Gesetzesinitiative Ja/Nein

Wie aus dem oben aufgeführten Ablauf ersichtlich ist, erfolgt die Beratung eines Gegenvorschlags nur, wenn in erster Lesung die Initiative abgelehnt wird.

Da die Kommission mehrheitlich für die Gesetzesinitiative und gleichzeitig für den Gegenvorschlag ist, sich aber mit einstimmiger Präferenz für den Gegenvorschlag ausspricht, soll die Reihenfolge der Beratung umgekehrt werden (zuerst Gegenvorschlag, dann Gesetzesinitiative).

Aus diesen Gründen sind die untenstehenden Anträge der Kommission formuliert.

12. Anträge

Die Bildungskommission beantragt dem Kantonsrat;

1. die Gesetzesinitiative abzulehnen und dem Gegenvorschlag gemäss Synopse zuzustimmen;
2. die Gesetzesinitiative anzunehmen, für den Fall, dass der Gegenvorschlag im Kantonsrat keine Mehrheit findet;
3. in jedem Fall in der 1. Lesung und in der 2. Lesung zuerst den Gegenvorschlag zu bereinigen und über diesen abzustimmen unter dem Vorbehalt, dass der Kantonsrat die Gesetzesinitiative ablehnt.

Zur Fragestellung, ob die teilerheblich erklärte Motion von Kurt Balmer und Roger Wiederkehr betr. Steuerungsmassnahmen für eine Gymnasialhöchstquote (Vorlage 3174) als erledigt abzuschreiben sei, wird die Bildungskommission nach der ersten Lesung im Kantonsrat befinden.

Zug, 12. Mai 2025

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der vorberatenden Kommission

Der Präsident: Peter Letter

Beilagen:

1. Synopse
2. Präsentation Prof. Maag Merki anlässlich Biko Sitzung 31. März 2025
3. Kurzgutachten Prof. Maag Merki zur Totalrevision des Übertrittsreglements im Kt. Zug